

Text in die Festschrift für Prof. Dr. Giorgio Behr

Drang zur Grösse – Zwang oder Chance?

von alt Nationalrat Peter Weigelt, Unternehmer, St.Gallen

Obwohl – oder gerade weil - ich heute nicht mehr im politischen Tagesgeschäft stehe, interessieren mich grundsätzliche Fragen der Wechselwirkung zwischen Politik und Wirtschaft in besonderem Masse. Angesichts der Kurzatmigkeit helvetischer Politikgestaltung kommt man sich jedoch immer mehr als Sonderling vor, wenn man Grundsätzliches zum Thema „Politik und Wirtschaft“ formuliert. Denn die Impulsgeber der (wirtschafts-)politischen Debatte sind nur noch selten grundsatzpolitisch ausgerichtete Fragesteller. Vielmehr lassen sich Parlamente und Regierungen durch ein „agenda setting“ bestimmen, welches längst nicht mehr durch die Parteizentralen, sondern vielmehr über die Redaktionsstuben diktiert wird. In diesem Sinne kommt Festschriften wie der vorliegenden Schrift zu Ehren von Prof. Dr. Giorgio Behr besondere Bedeutung zu, schaffen sie doch im immer oberflächlicheren Tagesgeschäft einen Freiraum, der zum Nach- und Weiterdenken anregt und auffordert.

Semantische Verwahrlosung führt zu Verständigungsproblemen

Wer heute grundsätzlich über die Politik im allgemeinen und die Wirtschaftspolitik im besonderen nachdenken will, muss zuerst einige zentrale Begriffe definieren. Denn Politiker leiden nicht nur unter Zeitnot, sondern zunehmend auch unter einer Begriffsverwirrung, einer eigentlichen semantischen Verwahrlosung. Das Fehlen gemeinsamer sprachlicher Grundlagen blockiert aber nicht nur die Kommunikation zwischen Volk, Wirtschaft und politischen Behörden. Vielmehr wirkt sich das "An-einander-vorbei-reden" auch innerhalb der Politik selbst immer verhängnisvoller aus. Sagen wir es an dieser Stelle zurückhaltend: die Politik leidet unter Verständigungsproblemen.

Als ehemaliger Nationalrat konzentriere ich mich in meinen folgenden Überlegungen zum Thema "Drang zur Grösse" vor allem auf die politischen Rahmenbedingungen, obwohl angesichts des offensichtlichen Drangs zu immer grösseren industriellen Konglomeraten der Begriff der Grösse selbstverständlich auch unter spezifisch wirtschaftlichen und unternehmerischen Perspektiven zu kommentieren wäre. Im Sinne der Beschränkung auf die politischen Rahmenbedingungen konzentriere ich mich in meiner eingangs erwähnten Forderung nach einer Definition der Begriffe auf einige wenige zentrale Begriffsbestimmungen, die ich gleichzeitig als Ersatz für ein Inhaltsverzeichnis verstehe:

Politik:

Gesamtheit der Massnahmen, die sich auf die Führung einer Gemeinschaft (Staat) beziehen

Politiker:

Person, die sich aktiv mit der Politik beschäftigt

Grösse:

räumliche Ausdehnung, zahlenmässiger Umfang,
Bedeutsamkeit und Tragweite einer Sache

Staat:

Gesamtheit der Institutionen, deren Zusammenwirken das
dauerhafte, geordnete Zusammenleben der in einem
bestimmten Gebiet lebenden Menschen gewährleisten soll

Verantwortung:

Verpflichtung, die Konsequenzen einer Entscheidung,
einer Verhaltensweise auf sich zu nehmen

Mehrheit:

Die grössere Anzahl oder Menge aus einer Gesamtheit

Föderalismus:

Streben nach weitgehender Eigenständigkeit von Glied- oder
Einzelstaaten

Subsidiarität:

Gesellschaftliches Prinzip, nach dem übergeordnete
gesellschaftliche Einheiten nur solche Aufgaben übernehmen
sollten, zu deren Wahrnehmung untergeordnete Einheiten
nicht in der Lage sind

Die hier aufgelisteten Definitionen stellen für mich mehr als einfach eine Zusammenfassung der wichtigsten Begriffe meines Artikels dar. Vielmehr möchte ich damit einen Wegweiser setzen. Einen Wegweiser, der aufzeigt, in welchen Kontext ich den vorgegebenen Titel "Drang zur Grösse – Zwang oder Chance?" stelle. Oder anders formuliert, welches Spannungsfeld ich zwischen Politik, Wirtschaft und Grösse erkenne.

Macht - Motiv politischen Handelns

Politik im Sinne der dargestellten Definition - also als Gesamtheit der Massnahmen, die sich auf die Führung einer Gemeinschaft beziehen - ist wohl in den allermeisten Fällen bezüglich Grösse als räumliche Ausdehnung und zahlenmässiger Umfang zu verstehen. Denn mit dem Begriff der "Politik" ist nicht nur der Begriff des "Führens", sondern immer auch der Begriff der "Macht" verbunden, selbst wenn man den Anspruch des politischen Führens gerne mit Adjektiven wie "kooperativ", "teamfähig" oder "kollektiv" ergänzt oder vielleicht treffender formuliert, verwässert.

Wer langfristig aktiv in der Politik mitwirken will, ist permanent bemüht, seine Position zu behaupten, auszubauen und abzustützen. So beteiligen sich selbst "gewaltfreie Kooperativen" oder "friedenspolitische Kollektive" in Wahlkampfzeiten an "der Schlacht" um Sitze und Wähler-Prozente. Trotz Konsens und Konkordanz ist und bleibt die "Macht" auch in der helveti-

schen Politik der innere Motor des kollektiven wie des individuellen politischen Handelns. In diesem Sinne bedeutet „Grösse“ in der Politik immer auch Macht, Besitzstand und Einflussnahme.

„Grösse“ im Sinne des zahlenmässigen Umfangs ist aber immer auch mit Risiken verbunden. Denn mit zunehmender Grösse steigt die Verantwortung, wächst die innere Vielfalt, sinkt die Berechenbarkeit und geht vor allem die Identifikation für das Ganze verloren. Doch trotz der zum Teil äusserst schmerzhaften Erfahrungen, welche die Menschheit mit dem Drang zur Grösse machen mussten, streben Wirtschaft und Politik auch heute noch ungebrochen zur Macht. Eine Erkenntnis, die vermuten lässt, dass die Chancen der „Grösse“ heute immer noch höher bewertet werden als deren „Risiken“.

Etwas schwieriger wird es, wenn der Begriff der „Grösse“ - verstanden als Definition des Bedeutsamen - am Politiker oder am Unternehmer selbst, also am Menschen gemessen wird. Nicht nur, weil sich in solches Massnehmen immer auch subjektives Empfinden einmischt, sondern vielmehr, weil man eine natürliche Scheu hat, mit einem Massstab zu messen, für den man selber zu klein ist. Grösse als Ausdruck des Bedeutsamen ist etwas Seltenes. Einerseits, weil sie selbst das Überdurchschnittliche überragt, andererseits, weil sie Höchstleistung des Geistes mit einer ethischen Haltung verbindet. Solche Art „Grösse“ wirkt über einen engen örtlichen oder beruflichen Kreis hinaus und kommt in der Regel einem Ganzen zu Gute.

Mit dieser Feststellung wird deutlich, dass die erkennbare Grösse eines Menschen nicht nur von seiner eigenen Leistung bestimmt, sondern auch von äusseren Umständen geprägt wird, beim Politiker etwa von der Grösse seines Landes und der Verbreitung seiner Sprache oder beim Unternehmer von der Bedeutung seiner Unternehmung. So erstaunt es denn auch kaum, dass unter den „Grossen Eidgenossen“ die Gelehrten und Künstler gegenüber den Staatsmännern und Wirtschaftsführern weit überwiegen. Die Begründung dieser Erscheinung liegt in der Kleinheit unseres Landes, welches weder Raum noch Ressourcen bietet, um politische oder wirtschaftliche Machtmittel zum Einsatz zu bringen.

Leider läuft die moderne Schweiz heute Gefahr, mit Rücksicht auf ihre Kleinräumigkeit auch den qualitativen Massstab der „Grösse“ auf ihre räumliche Beschränktheit zu reduzieren. In der daraus resultierenden Selbstgefälligkeit und Selbstüberschätzung gründet für mich denn auch eine der Hauptursachen für unser Problem, endlich einen Weg aus der gegenwärtigen Stagnation der helvetischen Politik zu finden.

Wirtschaft versus Staat?

Die Frage „Drang zur Grösse - Zwang oder Chance für den Werkplatz Schweiz?“ zielt damit auch staatspolitisch in eine grundsätzliche Richtung. Denn einerseits erkennen viele Mitbürgerinnen und Mitbürger, dass der Zwang zur Öffnung unausweichlich wird und andererseits will man sich über einen regulierenden Staat weiterhin abschotten und vor Neuem schützen. Dieser Widerspruch dokumentiert sich im Alltag in einem Graben zwischen der Politik und dem Staat auf der einen und der Wirtschaft und ihren Institutionen auf der anderen Seite. Es stellt sich daher die Frage, ob sich die staatstragenden Kräfte in unserem Land auch gleichzeitig als Wirtschaftsvertreter profilieren können und dürfen. Oder anders formuliert:

- Kann eine dem internationalen Wettbewerb ausgesetzte Wirtschaft eine Politik akzeptieren, welche auf eine schleichende Sozialisierung und einen ungebrochenen Glauben an die staatliche Machbarkeit ausgerichtet ist?
- Kann eine Institution, die Wirtschaftskompetenz für sich beansprucht, eine auf Schulden- und Subventionswirtschaft bauende Politik langfristig glaubwürdig mittragen?
- Gibt es, etwas plakativ gefragt, überhaupt so etwas wie eine doppelte Loyalität zwischen Staat und Wirtschaft?

Misst man diese Fragestellungen an den aktuellen Forderungen unserer heutigen Eidgenossenschaft sowie unserer global herausgeforderten Wirtschaft, so wird schnell ersichtlich, dass nur noch wenige, tragfähige Verbindungselemente auszumachen sind. Vielmehr entsteht der Eindruck, dass sich der bestehende Graben zwischen Staat und Politik einerseits sowie der Wirtschaft andererseits rasch vergrössert und je länger je unüberbrückbarer wird. Dass diese dramatische Entwicklung letztlich aber nicht nur den Staat, sondern im besonderen auch den Werkplatz Schweiz selbst trifft, scheinen viele immer noch nicht begriffen zu haben. So macht es die fehlende Identifikation mit unserem Staat heute vielen Unternehmern leicht, sich einseitig der Wirtschaft zu verpflichten und damit der Politik im allgemeinen und dem persönlichen Engagement im besonderen eine Absage zu erteilen.

Dieses Selbstdispensieren von staatspolitischer Verantwortung fällt den Vertretern der Wirtschaft um so leichter, je mehr die Politik zur Bühne oder zur Arena verkommt, auf der Politikerinnen und Politiker nur noch als (Selbst)-Darsteller auftreten. Wenn die Politik heute aber wirklich zum Theater verkommt, wenn wirklich nur noch politische Gladiatoren und Primadonnen gefragt sind, so stellt sich grundsätzlich die Frage zur Ausgestaltung unseres Staates. Dies um so mehr, als der Kniefall vor den Medien als 4. Gewalt im Staate je länger je unwürdiger wird. Dass wir auf bestem Weg sind, die Medien gar zur 1. Gewalt im Staate aufzubauen, dokumentiert ein Witz, den man sich in Bern erzählt. Dort wird hinter vorgehaltener Hand herumgeboten, dass mit Bundesräten nicht gut zu jassen sei, da sie bei jedem "Match" eine Pressekonferenz einberufen. In die selbe Richtung zielt ein Zitat von alt Ständerat Dr. Ernst Rüesch, der festhielt, dass ein Staatsmann an die Zukunft denke, ein Parlamentarier an die nächsten Wahlen und einzelne Bundesräte an den nächsten Sonntagsblick.

Die Vision einer Neugründung unseres Bundesstaates

Bestünde die Möglichkeit, heute unseren Bundesstaat unter dem selben ordnungspolitisch liberalen Diktat wie 1848 nochmals zu gründen, so müsste sich - zumindest aus wirtschaftlicher Sicht - die Frage nach der Ausgestaltung des Staates am paradoxen Leitmotiv „wir brauchen einen grossen und einen kleinen Staat“ messen, oder treffender: „wir brauchen einen starken und einen schwachen Staat“. Lassen Sie mich diese vordergründige Gegensätzlichkeit zwischen einem "starken und zugleich schwachen Staat" näher erläutern.

Grundsätzlich muss der Staat bezogen auf seine wirtschaftspolitischen Kompetenzen, die ihm Interventionen in den Marktprozess ermöglichen, möglichst "schwach" ausgestaltet sein. Parallel dazu muss die Bundesverfassung den politischen Akteuren, welche in ihrer Funktion um staatliche Unterstützung buhlen, möglichst enge Grenzen setzen. Denn selbst wenn eine

solche verfassungsrechtliche Bindung auf den ersten Blick wenig freiheitlich erscheint, der damit gewährleistete Schutz einer freien Wirtschaftsordnung und des notwendigen Freiraums zur individuellen Entfaltung rechtfertigt solche Restriktionen. Die Folge einer solchen verfassungsrechtlichen Einschränkung wäre eine zuverlässige, rechtssichere und gleichberechtigte Basis einer privaten Wirtschaftsentwicklung.

Damit eine solche Grundordnung aber auch langfristig gesichert werden kann, ist andererseits ein "starker" Staat nötig. So sind insbesondere einseitige, interessenorientierte Interventionen in die freie Wirtschaftsordnung institutionell zu verhindern. Dies kann durch ein hohes Zustimmungserfordernis im National- und Ständerat, z.B. mit 3/4- oder 4/5-Mehrheiten oder durch andere institutionelle Regelungen (z.B. einen gestärkten Föderalismus, umfassende Grundrechte oder die direkte Demokratie) erreicht werden. Das Ziel eines "starken Staates" ist es also, Einbrüche in die geschützten Freiräume von Individuen und Wirtschaft weitestgehend zu verunmöglichen.

"Small is beautiful" - doch wer trägt die Verantwortung?

Als direkter Ausfluss der zunehmend fehlenden Akzeptanz von Mehrheitsentscheidungen drängen unsere Regierungen immer stärker zu einem Konsensverhalten, welches letztlich wohl Referenden vorbeugt, gleichzeitig aber auch immer mehr zu Null-Entscheidungen verleitet. Die heute in der Schweiz vielfach übertriebene Konsenspolitik kann durchaus mit der Ohnmachtssituation im EU-Ministerrat verglichen werden, welcher krampfhaft nach neuen Lösungen sucht, da sich das Einstimmigkeitsverfahren als zu einengend erweisen hat. In der Schweiz dagegen hätte man das Instrument des Mehrheitsentscheids, doch die politische Realität zwingt auch uns immer mehr zur Einstimmigkeit, also zum Konsens. Damit manövrieren wir uns letztlich aber in denselben politischen Handlungsnotstand, aus dem die EU seit Jahren vergeblich auszubrechen versucht. Dieser Vergleich zwischen der Schweiz und der EU zeigt, dass die Frage nach der "Grösse des Staates" eigentlich durch die Frage nach dem "Inneren Zustand des Staates" ersetzt werden müsste.

Obwohl die Schweiz aufgrund ihrer Kleinstaatlichkeit und ihrer föderalen Strukturen die "Chance des Kleinen" im Sinne des "Small is beautiful" rasch und flexibel nutzen könnte, kämpft sie heute mit ähnlichen Problemen wie die "grosse" EU. Der tiefere Grund für die heute allseits spürbare helvetische Blockierung ist vor allem in der fehlenden Verantwortlichkeit über die unterschiedlichen Stufen unserer Politik hinweg zu suchen. Während beispielsweise in vielen Bereichen der Wirtschaft die Verantwortung sehr direkt ausgestaltet ist, sehen wir uns in der eidgenössischen Politik mit einer nur sehr schwer zuweisbaren Verantwortung konfrontiert. Der Umstand, dass nicht mehr klar erkennbar ist, wer für was die Verantwortung trägt, muss denn auch als der wohl grösste Nachteil unseres durchaus bewährten Konkordanz-Systems helvetischer Prägung angesehen werden. Denn im schweizerischen Konkordanz-System kann sich jeder hinter jedem verstecken.

Wenn unmittelbare Verantwortung fehlt, so fehlt in der Regel auch der Führungswille, der Mut zur Verantwortung. Leider gilt heute die Lebensweisheit "Wer Verantwortung für morgen fordert, darf sich nicht aus der Pflicht für heute stehlen" in der Politik immer weniger. Denn obwohl von den Politikern langfristiges Denken gefordert wird, gemessen werden sie an ihren kurzfristigen Handlungen und Scheinerfolgen.

Grösse als qualitativen Wert leben und prägen

Zusammenfassend wage ich zu behaupten, dass die Risiken des „Drangs zur Grösse“ in der Politik heute immer noch wesentlich grösser sind, als dessen Chancen. Wollen wir aber die Chancen nicht nur beschreiben, sondern auch nutzen, so ist eine neue Form der Politik notwendig. Eine Politik, die auf Kooperation und nicht auf Trennung, die auf Integration und nicht auf Ausgrenzung setzt. Damit dies gelingt, ist zudem eine neue Sprache gefordert. Eine Sprache, die vom Bürger auch verstanden wird. Denn Politik ohne Sprache kann niemals die Identität erzeugen, welche als Basis für die Akzeptanz von Mehrheitsentscheiden gefordert ist. Mit dieser Feststellung möchte ich meine Ausführungen schliessen, und gleichzeitig nochmals kurz den Kern meiner Überlegungen zusammenfassen.

Grösse im quantitativen Sinne verstanden birgt für die Politik immer dann besondere Gefahren, wenn sie über den Raum hinausdrängt, der durch ein übergreifendes Bewusstsein, eine kollektive Identität eingegrenzt ist. Damit wird gleichzeitig klar, dass die Politik auch bezüglich „Grösse“ Grenzen hat, die nicht mutwillig umgestossen werden dürfen. Damit aber trotz Grenzen und unterschiedlichen Identitäten ganzheitliche, gemeinschaftliche Politik möglich wird, ist qualitative Grösse gefordert.

Und hier schliesst sich auch der Kreis zum Adressaten dieser Festschrift, Prof. Dr. Giorgio Behr, hat er doch unbestritten bewiesen, dass er Grösse als qualitativen Wert nicht nur selber lebt und prägt, sondern auch aktiv fördert. So durfte ich in Prof. Behr einem Unternehmer begegnen, der zu seiner persönlichen und unternehmerischen Verantwortung steht. Dies nicht im Schaufenster der Öffentlichkeit, sondern dort, wo sie gefordert ist und nicht immer mit Applaus bedacht wird. Vor diesem Hintergrund habe ich es verstanden, dass sein Weg nicht in die helvetische Politik geführt hat. Andererseits habe ich dies stets bedauert, denn gerade Persönlichkeiten seiner Grösse fehlen unter der Bundeskuppel schmerzlich.